

Die „Vierteljahrshefte“ erscheinen morgens und nachmittags, Sonntags und Montags... Der Preis beträgt bei freien Zustellungen im Hause für Berlin 16 M., im Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Ungarn 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 56.

Die abgesetzte Kompartimentszahl ober deren Raum kostet 1.- M., einschließlich Steuerungsgebühr. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gesetzlicher Schutz des Reallohnes Erfassung der Mehrgewinne der Landwirtschaft

Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde Mittwoch, nachdem Dienstag sowohl die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wie der sofortige Übergang zur völlig freien Wirtschaft abgelehnt war, der Regierungsentwurf über die Neuordnung der Getreideversorgung weiter beraten.

Ein Antrag Käppler (Soz.) wollte auf die Umlage nur Brotgetreide und nicht auch Gerste und Hafer angedehnt wissen, um eine Zunahme des Anbaues von Brotgetreide zu erzielen. Dieser Antrag wurde mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag Käppler (Soz.) angenommen, daß außer Händlern und landwirtschaftlichen Genossenschaften, Organisationen anderer Art (politische) bei der Aufbringung nicht beteiligt werden sollen. Ziel umstritten wurde eine Bestimmung, wonach die Erzeuger für rechtzeitige Erfüllung ihres Lieferfalls mit ihrem „gesamten Vermögen“ haften. Auf Antrag des Abg. Nam (Zentr.), der hervorhob, daß die bloße Haftung rechtlich genüge und man unnötige Härten, die aufreißend wirken, vermeiden möchte, wurde der Zusatz „mit dem gesamten Vermögen“ gestrichen. Es wurde jedoch als einmütige Meinung des Ausschusses festgestellt, daß dadurch keine Minderung der Haftung der Erzeuger erfolgen solle. Gemäß einem Antrag Dr. Herz (U. S. P.), der durch einen Zusatzantrag von Keimath (Dem.) etwas abgeändert wurde, wurde beschlossen, daß die Kommunalverordnungen die Höhe der Ertragsleistungen gemäß einer besonderen Berechnungsvorschrift festsetzen, und daß Beschwerden keine aufschlebende Wirkung haben.

Der Berichterstatter des Reichsrats wandte sich gegen eine Bestimmung, welche die Haftung der Länder für die rechtzeitige Aufbringung der Umlage vorsieht. Nachdem Staatssekretär Dr. Huber ausgeführt hatte, daß die Haftung der Länder die Voraussetzung des Gelingens der Vorlage sei, wurde die Haftung der Länder gemäß dem Regierungsentwurf beschlossen. Ebenso wurden alle übrigen, die Aufbringung der Umlage bezüglichen Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Auch die

Kontrollbestimmungen wurden gemäß der Vorlage beschlossen. Die im Regierungsentwurf enthaltenen Schlussvorschriften, welche u. a. die Ungültigkeitserklärung der Ausfuhrverbote im Inland mit gewissen Einschränkungen, das Verbot der Verarbeitung von Brotgetreide und Hafer zu Branntwein, die Anzeigepflicht für vorhandene Vorräte an Brotgetreide, Hafer und Gerste aus früheren Ernten, die Festsetzung der Preise für das Umlagegetreide unter Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses betreffen, werden im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Abgelehnt wird gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien der Antrag Dr. Herz (U. S. P.), daß für die Festsetzung der Preise für das Umlagegetreide die Zustimmung des Reichstags notwendig ist.

Eine lebhafteste Debatte entpann sich über den folgenden Antrag Dr. Herz und Gen. (U. S. P.), Mollenhuth und Gen. (Soz.), den auch der Abg. Wieber (Zentr.) unterschrieben hat:

Die Forderung der Zwangswirtschaft mit ihrer Annäherung an die Weltmarktpreise stellt eine außerordentliche Belastung aller Beamten, Arbeiter und Angestellten dar, deren Einkommen nicht aus Goldwerten herrührt. Der Reichstag fordert deshalb die Regierung auf, gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen, sowie die Renteneinzüher vor weiterer Verelendung zu schützen. Außerdem sind die durch die Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrgewinne für die Allgemeinheit sicherzustellen.

Der Antrag wurde mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Neben dem Abg. Wieber stimmte auch der Zentrumsabgeordnete Tremmel dafür, während die übrigen bürgerlichen Abgeordneten geschlossen dagegen stimmten.

In der unmittelbar sich anschließenden zweiten Lesung wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezüglich der Höhe der Umlage im Betrage von 2,5 auf 3 Millionen Tonnen forderte, mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Der Regierungsentwurf wurde schließlich mit einigen Abänderungen auch in zweiter Lesung vom Ausschusse genehmigt.

Das neue Umlageverfahren

Die tagelangen Debatten im Volkswirtschaftlichen Ausschusse des Reichstages über die Neuordnung der Getreideversorgung haben mit der Annahme des Gesetzentwurfes der Regierung über das Umlageverfahren geendet. Während die Anträge auf völlig freie Wirtschaft nur die Unterstützung der Rechtsparteien und der Demokraten fanden, stimmten für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft, verbunden mit der Anwendung der für das Umlageverfahren vorgeschlagenen vermögensrechtlichen Haftbarkeit der Erzeuger, nur die sozialistischen Vertreter.

Damit ist bestätigt, was wir bereits vor einigen Tagen geschrieben: die politischen Widerstände machen die weitere Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft genau so unmöglich wie der ökonomische Druck, der ihnen zugrunde liegt. Außerdem wirkt in der gleichen Richtung der stark im Wachstum begriffene Wunsch großer Schichten der Bevölkerung, den bürokratischen Apparat mit allen seinen Schwereigenschaften loszuwerden. Unter diesen Umständen war es die Aufgabe der sozialistischen Vertreter, eine Neuordnung anzustreben, die die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit dem allerwichtigsten Nahrungsmittel sichert, eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Rentner durch steigende Preise verhindert, sowie die Erfassung der den Erzeugern durch die Annäherung an die Weltmarktpreise entstehenden Gewinne für die Allgemeinheit gewährleistet.

Ob dieses erste Ziel erreicht ist, wird erst die Zukunft lehren. Während bei anderen Nahrungsmitteln, die im letzten Jahre der Zwangsbewirtschaftung entzogen worden sind, die einheimische Erzeugung überall den Bedarf deckt, ist es nicht so bei Fleisch wie für Kartoffeln und Butter. Ist selbst zur Aufrechterhaltung der jetzigen knappen Brotrationen eine erhebliche Einfuhr aus dem Auslande an Getreide notwendig. Sie betrug im letzten Jahre etwa zweieinhalb Millionen Tonnen. Auch an eine Einschränkung des Gesamtverbrauchs an Brot ist nicht zu denken, viel eher an eine Steigerung, da dieses Nahrungsmittel gerade wegen der steigenden Preise und der gesunkenen Kaufkraft für die anderen inländischen Erzeugnisse eine steigende Bedeutung für die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung erhält. Die völlige Freigabe der Getreidewirtschaft ist deshalb im gegenwärtigen Augenblick unmöglich. Sie würde voraussetzen, daß eine die Einfuhr des vorigen Jahres wesentlich übersteigende Menge Getreide eingeführt werden könnte, was aber sowohl wegen der schwierigen Beschaffung der dazu nötigen Zahlungsmittel als auch wegen der Reparationsleistungen an die Entente völlig unmöglich ist.

Das zwingende Ergebnis der augenblicklichen Wirtschaftslage Deutschlands wäre daher die möglichst umfassende Erfassung der im Inlande erzeugten Getreidemengen. Der ursprüngliche Entwurf der Reichsgetreidestelle sah deshalb auch die Aufbringung einer Umlage in Höhe von 4,5 Millionen Tonnen vor. Die Regierung verlangte aber in ihrem ersten Entwurf nur 3,5 Millionen und ließ sich durch den Reichsrat weiter auf 3 Millionen Tonnen herabdrücken. Der Versuch der Mehrheit des Ausschusses, auch diese Menge nochmals herabzudrücken, und zwar auf 2,5 Millionen Tonnen, konnte jedoch mit Hilfe der Arbeitervertreter des Zentrums abgewehrt werden, so daß, insbesondere durch die Einführung der vermögensrechtlichen Haftbarkeit der Erzeuger, eine wenn auch nur geringe Sicherung für die Erfassung dieser Menge an inländischem Brotgetreide gegeben ist. Dagegen gelang es nicht, durchzusetzen, daß auch die Brotration im neuen Erntejahr um etwa ein Viertel erhöht wird, obwohl dadurch keine Steigerung des Gesamtverbrauchs, wohl aber eine wesentliche Einschränkung des Schleichhandels erzielt werden würde.

Der jetzt beschlossene Gesetzentwurf, den der Reichstag am 14. Juni beraten wird, krankt aber noch an einem anderen außerordentlich starken Mangel. Er setzt keine Preise fest für das Getreide, zu dessen zwangsweiser Ablieferung die Erzeuger verpflichtet sind. Das aber wäre um so notwendiger gewesen, als die Regierung sich sowohl mit der Absicht der Steigerung der Preise für das Umlagegetreide als auch mit der Ermäßigung der bisher zur Verbilligung des Brotes aufgewendeten Zuschüsse trägt. Die voraussichtliche Höhe des künftigen Brotpreises ist deshalb noch nicht übersehbar, infolgedessen auch nicht die Belastung, die der minderbemittelten Bevölkerung aus der Aenderung des Verfahrens zu erwachsen droht. Sie wird aber nicht nur bestehen in der Steigerung des Preises für das Umlagegetreide und die Brotmengen, die weiterhin rationsmäßig abgegeben werden, sondern viel mehr noch in einer sehr starken Steigerung für dasjenige Getreide, das im freien Handel erscheint. Bei dem Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage unterliegt es kaum einem Zweifel, daß dieses auch im innern Verkehr nur zu Weltmarktpreisen erhältlich sein, also mehr als das doppelte des jetzigen Preises, kosten wird.

Da eine solche Belastung der Lohn-, Gehalts-, und Renteneinpfänger unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen einfach unerträglich ist und von den schwersten Gefahren nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Volkswirtschaft begleitet wäre, forderten die sozialistischen Vertreter

Der Krieg in Oberschlesien

Artilleriekämpfe

Katibor, 7. Juni.

Nachdem seit Sonnabend die Vorstadt Piania unter polnischem Artilleriefeuer gelegen hatte, richteten die Insurgenten morgens gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5-Centimeter ins Stadttinnere.

Berlin, 8. Juni.

Mit Ausnahme einiger örtlicher Kampfhandlungen herrschte heute im allgemeinen an der von den polnischen Banden besetzten Linie Ruhe. Stärkere Feueraktivität bei Wilsoka. Angriffe der Insurgenten gegen den Güterbahnhof Kandrzin schalteten.

London, 7. Juni.

Die Blätter heben die Erklärung des deutschen Volksherrn hervor, daß durch die Zurückziehung der alliierten Truppen die deutsche Bevölkerung den Polen hilflos ausgeliefert werden würde, und daß die ober-schlesische Bevölkerung von der Ankunft der britischen Truppen die Befreiung vom polnischen Terror erhofft hatte.

„Westminster Gazette“ schreibt: Oberschlesien ist seit Generationen deutsch gewesen. Durch eine beträchtliche Mehrheit hat es seinen Wunsch ausgedrückt, deutsch zu bleiben. Unter diesen Umständen kann man unmöglich von den Deutschen in Oberschlesien erwarten, daß sie ihr Leben weiter Gefahr aussetzen und ihr Eigentum durch den Ausbruch einer Minderheitsregierung zu lassen, ohne einen Finger zu ihrer eigenen Verteidigung zu rühren. Es besteht nur ein Weg, um diese Gefahr zu vermeiden, und dieser Weg ist die rasche und gerechte Erzwingung des Friedensvertrages.

Buxton bemerkt im „Manchester Guardian“, sowohl Lloyd George als auch die britischen Offiziere in Oberschlesien und die Berichterstatter des „Manchester Guardian“, der Times und der Morning Post daselbst schienen nicht daran zu zweifeln, daß der Zustand in Oberschlesien sorgfältig von den Polen, die dazu von Frankreich ermutigt worden sind, vorbereitet worden ist.

Vertagung der Boulogner Konferenz

Paris, 8. Juni.

Der „Transoceanic“ erklärt, in französischen diplomatischen Kreisen bestehe die Auffassung, daß der jüngste Notenaustausch zwischen England und Frankreich erkennen lasse, daß die englische Armee nicht sobald ihre Berichte über Oberschlesien einreichen werde. Deshalb werde die Konferenz von Boulogne auf einen vor der Hand noch nicht zu bestimmenden Zeitpunkt vertagt werden.

Abgelehnte Genehmigung zur Strafverfolgung. Der Geschäftsausschuß empfiehlt dem Reichstage, die vom Reichsminister des Innern nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Josef Ernst (U. S. P.) und Hermann Kemmele (Kommunist) nicht zu erteilen.

Der Streik im Waldenburger Revier

Die Lage, in der sich die Bewegung gegenwärtig befindet, ist schwer zu übersehen. Der Streik kann indes noch nicht als abgebrochen gelten, denn wie jetzt gemeldet wird, soll die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses durch eine Urabstimmung herbeigeführt werden. Sie sollte gestern stattfinden. Ob es dazu gekommen ist und wie das Resultat aussieht, ist noch nicht bekannt. Und noch weniger ist zu übersehen, wie die Bewegung nun verläuft, nachdem die Kommunisten mit großem Lärm und plumpen Händen eingegriffen haben. Wir fürchten, auch diese „Aktion“ kommt den Grubenbesitzern, deren Zustände auch uns allerdings ganz unzulänglich erscheinen, außerordentlich gelegen, und daß die Bewegung nun ähnliche Folgen haben wird, wie etwa der noch unvergessene Streik in Hamborn, bei dem das Ende vom Liede erhebliche Mitgliederverluste des Deutschen Metallarbeiterverbandes und ein entsprechender Zuwachs für die Christlichen nebst auffallender Ausbreitung des Indifferenzismus war. So sieht ja immer die Folge kommunistischer „Sieg“ aus, und wir fürchten, daß den Waldenburger Bergleuten das gleiche Schicksal nicht erspart bleibt, wenn sie die Fühlung mit ihrer Gewerkschaft verlieren sollten. Einzuweisen steht fest, daß die größten Belegschaften am Mittwoch nicht eingezogen sind.

D. A. Berlin, 8. Juni.

Die Belegschaften der Rothenbacher Gruben in Landeshut sind heute morgen eingezogen. In Waldenburg und Neurode findet eine Urabstimmung darüber statt, ob der Streik fortgeführt oder beendet werden soll. In Waldenburg scheint Stimmung für Aufnahme der Arbeit zu sein, ebenso in Gottesberg. In Neurode steht das Resultat noch aus. Die Bergarbeiter in Neurode haben sich bei ihren Forderungen mit der Anrechnung der Urlaubszeit auf die Streiktage einverstanden erklärt, jedoch fordern sie Bezahlung für den entgangenen Lohn. Auf diese Weise würden alle diejenigen Arbeiter, welche ihren Urlaub vor dem Streik hatten, keine Bezahlung für die Streikzeit bekommen.

Der Bergarbeiterstreik in England

London, 8. Juni (Reuter).

Die Führer der Bergarbeiter erklären: Die Bergwerkeigentümer haben beträchtliche Zugeständnisse gemacht, und ihre letzten Vorschläge stellen einen großen Fortschritt gegenüber allem dar, was bisher angeboten worden ist. Die gesamte Lage hat dadurch ein vollkommen anderes Gesicht erhalten, da die Bergleute nun in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu befürchten, daß die Löhne unter das zum Leben nötige Niveau gesenkt werden. Der Volkswirtschaftsausschuß hat daher Vorbehalte getroffen, um seinen Einfluß in der Richtung einer Verständigung einzulegen.

gesetzliche Maßnahmen, durch die die Steigerung der Preise auf die Unternehmer abgewälzt, und die der Landwirtschaft entscheidenden Mehrgewinne für die Allgemeinheit gesichert werden. Ein aus der Initiative der Unabhängigen hervorgegangener Antrag wurde denn auch nach bestmöglicher Bekämpfung durch die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die die ihnen drohenden Gefahren zutreffend erkannt hatten, mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen, da auch hierbei die zwei Arbeitervertreter des Zentrums mit den Sozialisten stimmten.

Gewiß auch die Annahme dieses Antrages ist noch keine endgültige Sicherung für die Erfüllung dieser Forderung der Lohn- und Gehaltsempfänger, sie zeigt aber den Weg, auf dem ihre Interessen bei dem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft, der Weltmarktpreise nach sich zieht, gesichert werden können und stellt die Plattform dar, auf der nun der Kampf aller Festbesoldeten gegen die ihnen drohenden Gefahren ausgefochten werden kann.

Besonders hartnäckig wurde der Antrag von den Vertretern der agrarischen Parteien bekämpft, obwohl sie dauernd bestritten, daß überhaupt eine erhebliche Steigerung der Preise für Getreide eintreten werde. Es zeigt sich aber auch hierbei wieder, genau wie bei dem Frontwechsel der Landwirtschaft und ihrem Wunsch nach der Schließung der Grenzen, daß sie die Beseitigung der Zwangswirtschaft nur erstreben mit Rücksicht auf die ihnen daraus zukünftigen Mehrgewinne. Die fünf Ministerpräsidenten, die bei der teilweisen Freigabe der Getreidewirtschaft höherer Gewinn für die Landwirtschaft sind, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, diesen Mehrgewinn für die Allgemeinheit zu sichern, sind der Preis, um den die Agrarier im Ausschuß gekämpft haben. Dort unterlagen sie. Jetzt werden sie doppelte und dreifache Anstrengungen machen, um den Beschluß des Ausschusses im Plenum zu Fall zu bringen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger aber müssen das zu verhindern suchen.

Die Entscheidung über diesen Antrag ist die Entscheidung der Frage, ob die Lohn- und Gehaltsempfänger alle Lasten tragen, die Besitzenden aber alle Vorteile aus dem Zerfall der Zwangswirtschaft und der Annäherung an die Weltmarktpreise ziehen werden.

Wirth über Spaa und London

Der Reichsminister Dr. Wirth hatte eine Unterredung mit dem Korrespondenten des Pariser „Matin“, in der er in der Hauptsache wiederholt hat, was aus seinen zahlreichen Rundreden der letzten Zeit bereits bekannt ist. Von Wichtigkeit sind nur wenige Punkte. Wirth läßt sich aus, die Konferenz von Spa sei eine schwere Probe für Frankreich und für Deutschland gewesen. Das Deutsche Reich habe die Alliierten damals während einer vollen Wirtschaftskrise einen beträchtlichen Teil seiner Kohlenproduktion abtreten müssen. Wenn er damals die deutsche Politik geleitet hätte, hätte er der Entente eine sehr große Summe als Reparation angeboten. Dann hätte sich der politische Horizont ein wenig früher aufgehellt, und lockere Zeit wäre gewonnen worden. Seit Spa hätten sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland immer mehr verschlechtert. Deshalb glaubt der Reichsminister, daß die Londoner Konferenz unter ungünstigen psychologischen Bedingungen begonnen worden sei.

Diese Ausführungen des Reichsministers treffen zu, denn es ist kein Geheimnis, daß er schon als Finanzminister des Kabinetts Fehrenbach zur Politik Simons und Fehrenbachs im Gegensatz gefunden hat. Erst jetzt kommt er dazu, keine eigene Politik durchzuführen. Hoffentlich ist es nicht zu spät. Er hat dem Pariser Korrespondenten von neuem die Versicherung gegeben, daß er fest entschlossen sei, die Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen. Und wenn sich Saboteure bei der Durchführung der Wiedergutmachung finden sollten, führt er aus, so wird das deutsche Volk sie zur Vernunft zu bringen wissen.

Ein wenig vertrauensfähig klingen aus die Ausführungen des Kommissars über die Aufstellungen der Einwohnerwehren in Bayern. Er lennt Eicherich und seine Politik, erklärte er, und er habe die Gewißheit, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr Ende Juni zum größten Teil durchgeführt sein wird.

Sollte diese Zuversicht nicht ein wenig übertrieben sein? Wir haben die Befürchtung, daß diese milde Auffassung des Reichsministers, von den Kerntuppen und Führern der bayerischen Oligarchen als ein Zeichen von Duldung aufgefaßt wird. Solche Gutmütigkeit, wie wir es einmal kennen wollen, würde uns unangebracht, ja gefährlich erscheinen, denn sie ist schon geeignet, Herrn Eicherich und seinen Leuten neuen Mut zum Widerstand zu machen. Das muß auf alle Fälle verhindert werden, und darum will es uns zweckmäßig erscheinen, daß die Reichsregierung ihren ernsthaften Willen zur Durchführung auch der Entwaffnungsbedingungen des Ultimatums in allen ihren Äußerungen deutlicher und energischer erkennen ließe.

Die deutsch-französische Entspannung

M. Bösel, 8. Juni.

Der Vortag Vertreter der „National-Zeitung“ berichtet, daß in den deutsch-französischen Beziehungen die Entspannung unbestreitbare Fortschritte mache. Das ursprüngliche Mißtrauen gegen KATHENAU sei verschwunden, ja, man sei ihm neuerdings sogar sehr günstig gesinnt. Mehrere Pariser Blätter erklären offen, es sei für Deutschland und nicht weniger für Frankreich Zeit, an eine Versöhnung zu denken. Wenn Wirth seine Politik durchführen könne, so werden die beiden Völker einander merklich nähergebracht werden.

Das Amtsgericht als Werbestelle

In Potsdam ist vor einiger Zeit eine Werbestelle für Oberbeschlefen ausgehoben worden. Die Werbungen wurden aber fortgesetzt. Das Werbestellenbüro wurde nunmehr in das Schöffengericht verlegt, und der Justizsekretär Oppermann, ein Oberleutnant a. D., befragte die Werbestellen während seiner Dienststunden und unter dem Augen seiner Vorgesetzten. Die Angeordneten mußten dem Verband nationalgeistlicher Soldaten beitreten, jener von dem Obersten Baus und dem General Lubendorff ins Leben gerufenen monarchistischen Organisation.

Von den nach Oberbeschlefen geschickten Personen sind inzwischen viele verwundet worden. Am Dienstag kamen mehrere Verwundete aus Oberbeschlefen zurück und machten bei dem Justizsekretär ihre Ansprüche geltend. Gemeinschaftlich mit den Angehörigen, die auf ihre Termine warteten, fanden die angeworbenen Soldaten auf dem Gerichtshof herum. Die Leute erklärten, daß der deutschösterreichische Schutz- und Trutzbund, die deutsche Studentenschaft und der Verband nationalgeistlicher Soldaten Tausende von ehemaligen Soldaten nach Oberbeschlefen geschickt hätten. Die Leute ränden jetzt an der Front.

Wir fragen den preußischen Justizminister, ob er es mit der Würde eines Gerichtes vereinbar hält, wenn in den Räumen eines Gerichtes Werbungen vorgenommen werden, die die Regierung verboten hat. Was soll mit Oppermann geschehen? Ist eine Stelle frei, um ihn wegen seiner besonderen Verdienste zu befördern?

Die geplagte Parität

Das Plenum des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in kurzer, aber lebhafter Debatte mit zwei außerordentlich wichtigen Fragen, bei denen wieder einmal der seltene Zwiespalt zum Ausdruck kam, der innerhalb dieser paritätischen Körperschaft liegt. Dabei konnte aber zugleich die bestrebende Beobachtung gemacht werden, daß dieses paritätische Verhältnis bisher keinerlei „wirtschaftsfriedlichen“ Neigungen Vorschub zu leisten imstande war.

Zuerst sprach der Reichsminister Dr. Wirth über die Erfüllung des Ultimatums. Seine Rede war eine freundliche Einladung an den Reichswirtschaftsrat zur sachkundigen Beratung bei der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben, die sich aus dem Willen zur Erfüllung des Ultimatums ergeben. Der Reichsminister verwies auf die bisher erschlossenen Steuerquellen und betonte sodann, daß neue Probleme aufzutauchen werden im Zusammenhang mit der Kohle und ferner mit der Frage, wie weit das Reich genötigt sein werde, die Frage der schärferen Besteuerung der Goldwerte zu diskutieren. „Belommen Sie nicht gleich rote Köpfe“, mußte er den Unternehmern zurufen, deren erstaunte Gesichter ihre natürliche Farbe erst wieder annahmen, nachdem Dr. Wirth hinzufügte, daß er sich von allen Experimenten fernhalten werde. Wirth erklärte, daß man nicht durch neue Kriege, sondern nur durch Opfer und Leistungen den „Weg zur neuen Freiheit“ finden könne. Es wird sich nun zeigen müssen, ob er den Willen hat und ob es ihm gelingt, die Dividendenschluder zu diesen Opfern und Leistungen heranzuziehen.

In der Debatte wurde bekannt, daß die Unternehmergruppe des Reichswirtschaftsrates diese Verhandlungen nicht erst abgewartet, sondern schon vorher eine private Expedition zum Reichspräsidenten unternommen hat. Das kann nur den Zweck gehabt haben — und die Entrüstung der Arbeitnehmervertreter über diesen Vorgang war daher berechtigt — die Reichsregierung vorher zu einer bestimmten Haltung bei der Erörterung der Frage der Erfüllung des Ultimatums im Plenum zu bestimmen. Diese Aussprache endete mit einer Blamage der Arbeitgebervertreter, weil der Vorstand erklärte, er werde sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser auffallenden Angelegenheit beschäftigen. Von Interesse ist dieser Vorgang aber insofern, weil er zeigt, wie sehr die Unternehmer auf das paritätische Verhältnis und die Uebereinstimmung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern setzen, wenn sie glauben, daß wichtige Interessen der Profitmacherei auf dem Spiele stehen.

Die gleiche Erscheinung zeigte sich bei der Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung. Ausschäfer berichtete über die Beratungen des sozialpolitischen Ausschusses über das Gesetz betreffend die Vertretung des Betriebsrates im Aufsichtsrat. Eine Minderheit von Unternehmern war bemüht, das Gesetz so zu gestalten, daß die Betriebsratsvertreter im Aufsichtsrat nur zur Beratung von unmittelbaren Arbeitsschwierigkeiten herangezogen werden sollen. Die Mehrheit indes vertrat die Auffassung, daß die Betriebsratsvertreter bei allen wirtschaftlichen Fragen mitzusprechen hätten. Die Scharfmacher stützen sich bei ihren Versuchen, die Tätigkeit der Betriebsratsvertreter zu beschränken, auf die Unklarheit des Paragraphen 70 des Betriebsratsgesetzes, die allerdings vorhanden ist, die aber sofort verschwindet, wenn man neben dem Wortlaut des Paragraphen den Sinn des Gesetzes zu Rate zieht, der sich aus dem Artikel 165 der Reichsverfassung mit Leichtigkeit erklärt. Danach sind die Betriebsräte berufen, an der wirtschaftlichen Entwicklung aller produktiven Kräfte mitzuwirken, so daß sie zweifellos im ganzen Kreis ihrer Aufgaben an der Erörterung aller wichtigen allgemeinen wirtschaftlichen Fragen teilnehmen müssen. Auch hier tanzten die extremsten Scharfmacher aus der Reihe, indem sie das Plenum mit der pöhligen Wiedereinbringung ihrer im Ausschuß bereits abgelehnten Entwürfe überzogen, was uns ungemein freut, denn wir empfinden nichts Befriedigender, als den Umstand, daß die Gemüter in dieser paritätischen Körperschaft immer wieder von neuem so lebhaft aneinandergeraten, wodurch die Unternehmung fortwährend zu neuen peinlichen Demaskierungen gezwungen werden. Nichts wäre schlimmer, als wenn der Reichswirtschaftsrat vom Himmel des friedlichen Ausgleichs der Klassengegensätze besessen wäre.

Die Kosten des Ernährungsbedarfs im Mai 1921

Der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Silbergleit, veröffentlicht wieder die Kosten des Ernährungsbedarfs für Mai 1921, die nach einer anderen Methode vorgeht, wie die Berechnungen Dr. Kuczynskis. Wenn auch die Berechnung nur für Berlin aufgestellt ist, so beansprucht sie doch ein weit über Berlin hinausgehendes Interesse.

Im Monat Mai 1921 erstreckte sich die Rationierung nur noch auf Mehl, Brot und Zucker. Alles andere war freigegeben. Natürlich mußten die bei der Rationierung in Fortfall gekommenen Lebensmittel durch Ankauf im freien Handel ersetzt werden. Bei der Berechnung ist für Fleisch nur diejenige Menge in Anrechnung gebracht, die bei der Rationierung die Regel gebildet hat. Butter ist überhaupt nicht mit einbezogen, sondern nur Margarine und der Schmelzhandel vollkommen unberücksichtigt geblieben, obwohl er sich bei Mehl und Zucker noch immer stark bemerkbar macht. Bei allen übrigen leicht frei bewirtschafteten Nahrungsmitteln hat sich der Schmelzhandel von selber aufgehoben durch den freien Handel. Der Bericht kommt zu folgendem Ergebnis:

Verglichen mit der um etwa 1 1/2 Jahre zurückliegenden Zeit zwischen Mitte Juli und Mitte August 1919, dem Ausgangspunkt unserer Berechnungen, wo sich die wöchentlichen Kosten des Ernährungsbedarfs — auf den Kopf des Erwachsenen — auf 23,55 Mark belaufen hatten, bedeutet der Mai 1921 eine Verteuerung um 26,50 Mark oder 106,59 Prozent.

Trotzdem der Kalorienbedarf der Frau nur mit vier Fünfteln des Mannes in Anrechnung gebracht wird, und trotzdem der Verbrauch der wichtigsten Lebensmittel berechnet wird, stellt sich der Wochenbedarf eines Ehepaares auf 98,67

Mark im Mai gegen 90,13 Mark im April, also eine Abnahme um ganze 56 Pfennige oder 0,57 Prozent. Kommt noch ein 7-12 jähriges Kind hinzu, so stellt sich der wöchentliche Mindestkostenbedarf auf 120,46 Mark im Mai gegen 120,84 Mark im April, also um 38 Pfennige weniger.

Danach brauchte eine dreiköpfige Familie allein für die allernotwendigsten Lebensmittel jährlich 626,32 Mark. Aber nach den Kosten des Februar 1920 nur 600,73 Mark.

Obst, Süßigkeiten, notwendige Zutaten usw. sind dabei nicht einmal mit einbegriffen. Jede Hausfrau weiß, was diese Dinge heute kosten und daß diese erst das Essen genießbar machen. Nicht ein Schluß Bier, keine Zitrone darf gekauft werden, wenn das Lebensmittelbudget nicht sofort ungeheuer hinausschnellen soll. Man ersieht also auch aus dieser Berechnung, daß die Senkung der Lebensmittelpreise so gering ist, daß sie überhaupt keine Rolle spielt.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan

Trotzdem die bei Feine in der Provinz Hannover gelegene Hütte Hütte L.G., die etwa 10 000 Arbeiter beschäftigt, in dem Jahre 1920 einen Betriebsüberschuß von 29 038 988 M. erzielte und 20 062 500 M. Dividende verteilte, sind von den Werksleitungen in der letzten Zeit etwa 300 ältere Arbeiter zwanagsweise pensioniert worden, ohne daß ein Grund zur Entlassung vorlag. Die Pension beträgt etwa 250 M. im Monat. Davon kann natürlich niemand leben. Bisher erhielten die alten, zum Teil durch Unfall im Werke in der Arbeitsleistung beschränkte Leute, leichte Arbeitsposten, die auch heute noch von ihnen versehen werden könnten. Jedoch der Entlassung ist die Entlassung des Lohnkontos zugunsten noch größerer Betriebsüberschüsse. Da das Reich mit 25 Proz. des Aktienkapitals an dem Unternehmen beteiligt ist, fragen die Gewerkschaften und Crispian bei der Regierung an, ob sie auf Rückgängigmachung dieser Entlassungen hinwirken oder für eine hinreichende Unterstützung der im Dienste des Kapitals aufgebrauchten Leute sorgen will. Ferner wird angefragt, ob die Regierung bereit ist, für Belassung der entlassenen geforderten Werkswohnungen und des Werkslandes zu sorgen.

Ein Stilkünstler

Der Deutschnationale Dr. Mumm hat im Reichstag eine kleine Anfrage von größter Kürze eingebracht: „Was kostet, was nützt die Reichshälfte?“ lautet sie. Vor kurzem bewährte sich Herr Dr. Mumm auch als Stilkünstler in einer Reichstagsrede, indem er meinte (wenn wir uns recht erinnern, war es aus Anlaß einer Schuldebatte), man wolle dem „Hundschwanz“ teilweise das Lebenslicht ausblasen. Vielleicht erweist sich die Reichshälfte dadurch nützlich, daß sie den stückweise das Lebenslicht ausgeblasenen Hundschwanzigen Fässer zur Konfiszierung zur Verfügung stellt.

Seht Gradnauer

Der Berichterstatter des „Figaro“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, der sagte:

Dr. Wirth hat die Absicht, seiner Regierung die breiteste Grundlage zu geben, und in dieser Absicht hat er die Tore nach rechts und nach links geöffnet. Es wäre aber schwer, die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei anzunehmen, wenn diese nicht im voraus gewisse Sicherheiten geben würde. Eine große Zahl der Sozialdemokraten hielten Neuwahlen für unermesslich. Gradnauer ist persönlich überzeugt, daß die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs erhalten würden, der jedoch nicht genügt, um ihnen eine überwiegende Mehrheit zu sichern. Es wäre besser, eine Zusammenarbeit der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei zu erreichen, weil Neuwahlen nicht wünschenswert seien.

Der Dresdener Berichterstatter der „Schwerindustriellen“ „Königschen Zeitung“ hat diesen Mann also richtig beurteilt, als er seinen Eintritt in die Regierung begrüßte. Auch wir sind nicht überzähst.

Das Reichswehrverordnungs-gesetz

Während der Sitzung des Reichstags erließ die Reichsregierung für soziale Angelegenheiten den Gehehensentwurf über die Wehrmachtverordnungs-gesetz. Nach dem Friedensverträge müssen Offiziere auf 25 Jahre, Mannschaften auf 12 Jahre verpflichtet werden. Der Zwang, die Stärke des Heeres auf 100 000 Mann zu beschränken, wird in dem Gesetz nun so verstanden, daß nach den oben angegebenen Verpflichtungszeiten die Leute, ausgeschiffet werden, damit „neues Blut“ in das Heer aufgenommen und somit der Kreis gedienter Leute größer wird. Nach dem Gehehensentwurf sollen die Unteroffiziere und Mannschaften nach ihrem Auscheiden aus der Wehrmacht folgende Gebührensätze erhalten: 1. laufende Uebergangsgeldernisse, 2. Zulage zu den laufenden Uebergangsgeldernissen, 3. Kinderzulage, 4. Feuerungszulage, 5. einmalige Uebergangsgeldernisse, 6. Umzugsgeldernisse. Außerdem kann ihnen gewährt werden der Zinsschein (früher Zinsverjüngungsschein) und eine Reichsbürgschaft für Siedlungszwecke.

Den Offizieren, nach ihrem Ableben den Hinterbliebenen, wird eine Pension gegeben. Nach der Vorlage wird beispielsweise ein Unteroffizier mit zwei Kindern nach dem Auscheiden aus dem Heere (ohne Dienstbezüge) im ersten Jahre 15 220 Mark erhalten. Im zweiten Jahre über 6500 Mark und im dritten etwa 6500 Mark. Ein Hauptmann (mit zwei Kindern) erhält ohne die einmalige Umzugsgeldernisse von 4000 Mark jährlich 13 885 Mark Pension. Das sind ganz erhebliche Summen, die vor allem um deswillen zu bekämpfen sind, weil die Gesetze an gesunde, im besten Mannesalter stehende Leute gegeben werden sollen. Dem, die sich in der Landwirtschaft anheben wollen, gibt das Reich noch eine Bürgschaft, die den 15 fachen Betrag des letzten Jahresdiensteinkommens ausmacht, das sind über 120 000 Mark pro Person. Der Zinsscheineinlösungs soll die Unterbringung der Mannschaften und Unteroffiziere in den Reichs-, Staats- und Kommunaldiensten fördern.

Die Gesamtausgaben, die dem Reich durch dieses Gesetz erwachsen, betragen bereits im dritten Jahre des Bestehens 250 Millionen Mark. Rücklagen auf die Reichsausgaben, die bei den bürgerlichen Parteien gegenüber sozialen Maßnahmen für Arbeiter und Angestellte immer eine so große Rolle spielten, konnten diese hier nicht. Im Gegenteil — die Reichsregierung mußte ihnen noch Geld anlegen. Unsere Gewerkschaften im Ausschuß beantragten, die „arbeitslos“ werden Wehrmachtangehörigen mit den Erwerbslosen gleichzustellen, weitere Versorgungsansprüche aber nicht zu gewähren. Wenn, wie immer gesagt wurde, die Erwerbslosenunterstützung für Arbeiter und Angestellte ausbleibt, muß sie es auch für entlassene Wehrmachtangehörige sein. Der Antrag wurde abgelehnt, sogar von den Reichssozialisten.

Das Gesetz wird noch vor den Sommerferien vom Reichstag verabschiedet werden. Hier hat man große Eile. Andere wichtige Gesetzesmaßnahmen werden nicht so brüchlich behandelt.

Rumänische Friedensverhandlungen in Warschau. Der Vertreter der russischen Sowjetrepublik in Polen, KATACHAN, wurde zwecks Uebnahme eines neuen Postens abgerufen. Bei den in Warschau geplanten russisch-rumänischen Friedensverhandlungen wird LIPINOW an Stelle KATACHANS als Bevollmächtigter der Sowjetregierung fungieren.

Zurück zur Vorkriegszeit

wollen wir, in der wir allen Wünschen unserer Kundschaft durch reichhaltige Auswahl sowohl in Formen als auch in Ausführung gerecht werden konnten, was uns leider in der letzten Zeit nicht immer möglich war. Wir haben deshalb wieder mit den größten und leistungsfähigsten Fabriken Deutschlands Fühlung genommen und erwarten schon in allernächster Zeit große Lieferungen.

Unsere augenblicklichen Warenvorräte bestehen zwar aus Artikeln in tadelloser Beschaffenheit und vorzüglichen Paßformen, sind aber teils ungenügend fortirt und setzen sich außerdem aus Schuhwaren verschiedener Fabrikate zusammen, die wir notgedrungen kaufen mußten, da wir in letzter Zeit von einzelnen Fabriken nicht unseren Anforderungen entsprechend bedient werden konnten.

Wir verkaufen nun aus diesen Beständen Ware zum Teil weit unter Selbstkostenpreis, zum Teil mit ganz geringem Nutzen und bieten damit eine außergewöhnliche Gelegenheit, gute Schuhe zu billigen Preisen einzukaufen. Wir bringen in den nächsten Tagen ein Inserat mit genauer Beschreibung der Artikel und Angabe der Preise, jedoch mit dem Verkauf der Ware zu herabgesetzten Preisen haben wir schon begonnen.

Da der Andrang voraussichtlich sehr stark sein wird, empfehlen wir, uns in den Vormittagsstunden schon zu besuchen, damit es uns möglich ist, unsere Kundschaft in gewohnter Weise bedienen zu können. Auch für Wiederverkäufer dürfte sich günstige Einkaufsgelegenheit bieten.

Der Schuhhof
Berlin W2, Clakstraße 11.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
Der Bauer als Millionär
Neues Volkstheater
Rosenstr. 28.
7 Uhr:
Die St. Jakobstadt

Leffing-Theater
Direkt.: Victor Barnowski
Sommerspielsaal:
Abend 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Kochmeister, 65g)

Deutsch. Kunst-Theater
Abend 7 1/2 Uhr:
Rosenmontag
(Lanz, Ross, Schmitz)

Komische Oper
7 1/2. Die Oper 7 1/2.
Alt-Heidelberg

Alt-Heidelberg
8 1/2. Jolles Caprice 8 1/2.
am Dramenburger Tor
Der ledige Chemann
mit Beth. Bräucher

INTERNATIONALES VARIÉTÉ 7/30
SCALA
LUTHERSTRASSE

7 1/2. Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Murrat
oder
Der Sport-Schlamm
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Brater
Kantinen-Allee 70
Täglich 9 1/2 Uhr:
Die Schönste
von Allen
Operette von Jean Gilbert
Variété-Sensationen

Residenz-Kasino
Stamenstraße 10
Täglich:
Großer
Witzenspaß

7 1/2. Thali-Theater
Thali- & Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ellie-Sänger
- 10 Herren! -
Vorh. 11-14, 2. & 6

METROPO
Sommerspielsaal
7 1/2. Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der unüberwindliche
Juni-Spielplan

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute
Donnerstag, den 9. Juni 1921

Konzert- und Varieté-Vorstellung

Großes Fronten-Feuerwerk

Auf vielseitigen Wunsch die Wiederholung der Schluß-Konfekte: „Amor in Aktion“, ausgeführt von dem Virtuosen E. M. Lantzi

Anfang 5 Uhr 1-1 Einlaß 3 Uhr

Zur politischen Lage **Jetzt ak. ue. 1**

Karl Kautsky

Wie der Weltkrieg entstand

Preis 6.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2
Breite Straße 8-9

Auch in allen Filialen erhältlich

Ohne Unterschied

ob 700, 800 oder 900 Mark
ein gr. Posten wirklich gediegene

Qualitäts-Anzüge

sowie
Schlüpfer, Paletots und Covertcoats
zum Aussuchen
nur bis Sonnabend, 11. Juni

Serie 1: **400** Mark
Serie 2: **500** Mark

Es ist ganz unmöglich, daß dieses **un-
übertroffene Angebot** jemals wiederkehrt

Heinrich Guttentag

Wilmersdorf, Wilhelmsau 101
Fahrverbindungen: 5, 8, 10, 52, 67, 91, 92, B, H, G, W

Ferner ein Posten 140 cm breite eisenfeste
Anzug-Stoffe per Meter 30, 40, 50, 60 Mark

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim

Mit dem 1. Juli d. J. treten in der Zweigstellenbeziehung folgende Änderungen ein:

Von diesem Tage gehören die Ortschaften:

Prohnow	zur Zweigstelle	Wittenau
Strehlitz	zur Zweigstelle	Wittenau
Dach mit Wädelin	zur Zweigstelle	Wittenau
Altenfelde mit Rosenthal	zur Zweigstelle	Wittenau
Siehe	zur Zweigstelle	Wittenau
Dahlewin und Groppegratz	zur Zweigstelle	Wittenau
Heidenhütte und Kassenstein	zur Zweigstelle	Wittenau
Vinberg mit Alarhöf	zur Zweigstelle	Wittenau
Müschelhof mit Müschelhof und Goßmühl	zur Zweigstelle	Wittenau
Rein-Schulden	zur Zweigstelle	Wittenau
Schönriede mit Dammhölz	zur Zweigstelle	Wittenau
Nickensau und Grünwalde	zur Zweigstelle	Wittenau
Wohnsdorf mit Hefenau, Kemer Krug und Wilmersberg	zur Zweigstelle	Wittenau

Berlin NW 46, den 4. Juni 1921
Friedrich-Rohlf 6

Der Vorstand
Kassendirektor
Vorstand

Das Gesicht der herrschenden Klasse

55 politische Zeichnungen von
George Grosz
enthält neben vielen andern
Blätter aus der Mappe
„Gott mit uns“!

Preis brosch. 3 Mk., in Halbleinen auf holz-freiem Papier geb. 15 Mk.

Organisationen erhalten hohen Rabatt

Der Malk-Verlag / Berlin-Halensee
Kurfürstendamm 76.

Wanderkarten

für alle Gegenden
erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Breite Straße 8-9.

Gänsefedern

billigste, auch
unverwundbar, aus
erster Hand.
Paul Pangelow
Wilmersdorf 15 Straße.

Bringend zu kaufen gesucht
Altmetalle
Zinn, Zinmetalle
Gerlach & Voigt
Friedrichstr. 13-14 Tel. 12223

Kupfer

Messing, Zinn, Quecksilber,
Platin, Gold, Silber
Händlern Extrapreise!

Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Schokoladen

Große 100 g-Zeile 3.40
Mittlere 50 g-Zeile 2.40
25 g-Zeile 1.40 g-Zeile
für Kinder, Stangen
u. m., alle Sorten
Schneider, Rosenbergsstr. 9.

Händler

Selbe, Lichte, Schuh-
crem, Streichhölzer
jetzt konkurrenzlos billig!

Diets
Kl. Frankfurter Str. 13

Zigaretten-großhandlung

Beh. Marken 1. Wiesenerhöf.
Deffen, Algenbergl. 2, 1 Tr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Uchtung! Auto-Betriebe Uchtung!
Am Freitag, den 10. Juni 1921, abends pünktlich 6 Uhr
bei Gometz, Jochstraße 7

Wichtige Sitzung

für sämtliche Funktionäre der Auto-Reparatur-
Betriebe Berlins

In dieser Konferenz muß jeder Betrieb einen Vertreter
entsenden.

Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung

Reise-Lektüre

Reise-Führer

Wander-Karten

(Neuere Ausgaben)

erhält man am
besten und billigsten in der
Buchhandlung
„Freiheit“
Breite Straße 8-9

Erschienen:

Handbuch für Betriebsräte

Von Rudolf Weck, Arbeiterssekretär
15.— Mark, gebunden 20.— Mark

Für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen
10.— Mark, gebunden 15.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Geschlechtsleiden

Harnröhrenleiden, Triach und speziell veraltet, Syphilis,
Mannschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berührung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin N 6, Potsdamer Strasse 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11.
Beschr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heil-
mittel ohne Quackerei, u. andere Gifte gegen M. 2.— direkt in
verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Groß-Berlin

Unzweckmäßige Verwendung von Gemeindemitteln

Die Kostlage der städtischen Finanzen zwingt die Stadtverwaltung zur größten Sparsamkeit. Leider haben wir feststellen müssen, daß der Magistrat mit dem Sparen oftmals in den besten Stellen beginnt, bei anderen Positionen dagegen, bei denen Abstriche ohne jeden Schaden für die Einrichtungen und für die Bevölkerung möglich sind, bisher noch keine Einschränkungen vorgenommen hat. Warum hat der Magistrat z. B. von den einzelnen Bezirken nicht eine genaue Aufstellung über die Verhältnisse der einzelnen höheren Schulen und die Pflanzkostenermäßigungen, die Leitern und Lehrern an diesen höheren Schulen oft weitherzig und unberechtigterweise gegeben werden, verlangt? — Nehmen wir einmal an, daß eine Nachprüfung es möglich erscheinen lasse, 100 Klassen der höheren Schulen zu schließen, dann würde das für die Stadtgemeinde allein an persönlichen Kosten eine Ersparnis von 3 Millionen Mark bedeuten. Aber auch die höchsten Ersparnisse sind durchaus nicht unbedeutend; ganz abgesehen davon, daß die höchsten Kosten einer Prima von 6 und 8 Schülern, wie wir sie reichlich innerhalb der Stadtgemeinde haben, fast ebenso groß sind wie die von Klassen mit 30 und 40 Schülern, würde die Ersparnis der Räume den Etat der Stadtgemeinde stark entlasten. Ein Teil von Schulräumen, die in Ermangelung von genügend Schulgebäuden von Privaten abgemietet werden, würde für Wohnzwecke freigegeben werden können und somit nicht nur eine Ausgabe geringer werden, sondern sogar eine Einnahme erzielt werden.

Noch erheblicher könnte gespart werden durch volle Ausnutzung der Pflanzstunden der Lehrer. Es gibt Schulen, an denen die Direktoren zu ihrer regelrechten Entlastung sich noch 6 Stunden Ermäßigung haben gewähren lassen. An manchen Anstalten werden den Verwaltern der Lehrerbüchereien 6 Pflanzstunden-Ermäßigung, denen der Schülerbüchereien 4 Stunden Ermäßigung gegeben. Bei einem Bezirk mit wenig höheren Lehranstalten konnten allein etwa 150 Stunden unberechtigter Ermäßigung festgestellt werden. Dieser Bezirk ist durchaus kein weichtiger, in dem man verhältnismäßig verschwenderisch umzugehen gewohnt ist. Multipliziert man entsprechend den 20 Bezirken mit 20, so erhält man eine unberechtigte Ermäßigung von 3000 Stunden oder eine Mehrausgabe von über 2 1/2 Millionen Mark.

Wenn die Stadtgemeinde z. B. grundsätzlich die kollaterale Schulleitung einführen würde, so würde wiederum eine — zunächst zwar geringe, aber allmählich sich steigernde — erhebliche Ersparnis gemacht werden können.

In einem der westlichen Bezirke werden — im Gegensatz z. B. zur Stadt Berlin — den Direktoren der höheren Schulen Schreibhilfen gewährt (bei den Rektoren der Gemeindeschulen hat man das allerdings bislang nicht für nötig gehalten), und für diese Schreibhilfen sind im Etat nahezu 150000 Mark eingestellt. Bei einer Vereinfachung des Schriftverkehrs, die durchaus möglich ist, sind diese Stellen absolut überflüssig.

Ein anderer westlicher Bezirk macht folgendes Kunststück: er besetzt viele Vorschulen und entsprechende Vorschullehrer. Diese Vorschullehrer fühlen sich in ihrer Ehre gekränkt, wenn sie wiederum an den „gemeinen Volksschulen“ unterrichten sollen. Die höheren Schulen aber können sie nicht voll beschäftigen, infolgedessen gibt man ihnen allerhand Schreibarbeit, werden sie zu Schreibhilfen der Direktoren gemacht. Man bedenke nur diese Geldverschwendung! Vorschullehrer, deren Besoldung höher ist als die der Lehrer, werden als einfache Schreibhilfen beschäftigt!

Der Kohlenfund bei Erkner

Zu den Braunkohlenfunden bei Kallberge, Rüdersdorf-Erkner wird uns mitgeteilt, daß dort schon früher „Reste“ von Braunkohlen angebohrt bzw. entdeckt worden sind. Es ist durchaus nichts Neues. — In der Mark und auch in Berlin wurden Braunkohlenflöze an mehreren Stellen erschlossen. Ihre Ausbeute war aber mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Der Betrieb einer Braunkohlengrube bei Mittenwalde mußte von der Firma Siemens u. Halske wieder eingestellt werden, weil man der zahlreichen Wassereinträge auf die Dauer nicht Herr werden konnte. Die Kosten waren zu groß gegenüber der Ausbeute. In der Nähe von Reichenwalde am Scharmüßelsee hat man ebenfalls an mehreren Stellen Braunkohlen erschoben. Bisher hat sich aber niemand gefunden, der an den bezugnehmenden Abbau sich herangemacht hat. Auch in anderen

Teilen der Mark ist man auf Braunkohlen gestoßen, u. a. auch bei Potsdam. Die Geologen sind der Ansicht, daß wie in der Lausitz auch in anderen Teilen der Mark abbauwürdige Braunkohlen vorhanden sind. Es fragt sich nur, ob die Wasser- und Transportverhältnisse einen rationellen Abbau zulassen. Da Bohrungen heute ganz enorme Ausgaben verursachen, wird man wohl noch auf den Zufall angewiesen sein. Dieser hat bekanntlich gerade bei Braunkohlenfunden bisher eine Rolle gespielt.

„Berlin im Weltkrieg“

In einem dickleibigen Werk, das jetzt in dem Berliner Verlage von Frommlich u. Sohn unter dem Titel „Berlin im Weltkrieg“ erschienen ist, hat der Berliner Stadtarchivar Dr. Kaerber die fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit zu einem Zeitdokument zusammengefaßt. Die zahlreichen Kapitel des Buches geben ein klares Bild von der gewaltigen Arbeit, die in den Kriegsjahren in der Berliner Kommunalverwaltung geleistet worden ist. Den Band schmückt ein Bildnis des ehemaligen Oberbürgermeisters Werhuth, der sich im Kriege um die Berliner Kriegswirtschaft große Verdienste erworben hat. Im Mittelpunkt der Darstellungen steht die Berliner Lebensmittelversorgung, die der Verwaltung und den Bürgern in den Kriegsjahren schwere Sorge bereitete. Wir behalten uns noch vor, auf dies Werk eingehender zurückzukommen.

Wie Heeresgut verschleudert wurde

Wegen Diebstahls in Ideal Konkurrenz mit Vergehen gegen den § 133 (Entziehung aus amtlichem Gewahrsam) war der Kaufmann Martin Kreimeyer angeklagt. — Dem Polizeibeamten Haberer wurde eines Tages von einem früheren Pfleger Hiller, der nicht wußte, daß Haberer Beamter ist, Flugzeugmaterial, wie Gummireifen, Kompaß und sehr wertvolle Meßinstrumente, die sämtlich erkennbar Heeresgut waren, zum Kauf angeboten. Haberer ging zum Schein darauf ein und erfuhr auf diese Weise, daß der eigentliche Verkäufer der jetzige Angeklagte Kreimeyer war, der damals mit dem schönen Titel Obermaterialienverwaltungsmaat bei der Landfliegerabteilung in Adlershof Dienst tat. Der Angeklagte bestreitet nicht, daß die Sachen aus Heeresgut waren, einen Teil habe er in den Funktionen aus dem Flugplatz erworben, den Rest habe er im Interesse der Staatskasse „sichergestellt“. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den bisher unbescholtenen Angeklagten 10 Monate Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Döntz die Freisprechung für geboten hielt, da nach einer Zeugnisaussage die Möglichkeit bestehe, daß der Angeklagte die Sachen rechtmäßig erworben habe. Das Gericht hielt den Angeklagten zwar für dringend verdächtig, kam jedoch, da bei dem damals herrschenden Lohwuhohu der Soldatentratswirtschaft eine restlose Aufklärung des Sachverhalts nicht mehr möglich sei, auf Grund eines non liquet (nicht aufgeklärt) zu einer Freisprechung.

Der Schlusssatz des Dynamitentatens an der H. Pfeilerbrücke in Charlottenburg beschäftigte gestern das Sondergericht des Landgerichts III, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ernst. Wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz war der vierite Teilnehmer an dem Attentat, der 31jährige Chauffeur Franz Kalweit angeklagt. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er die Attentäter zufällig auf der Straße getroffen und anfänglich, ohne zu wissen, um was es sich handele, mitgegangen sei. Als er dies dann erfahren habe, habe er sich „drücken“ wollen, habe dies aber, aus Furcht anfänglich nicht tun können, da Kramer eine Pistole bei sich führte und gedroht habe, daß jeder Verräter, auch nach 10 Jahren noch, mit dem Tode bestraft würde. Erst kurz vor Ausführung des Attentats habe er Gelegenheit gehabt, nach Hause gehen zu können. Der Staatsanwalt beantragte 5 1/2 Jahre Zuchthaus, während Rechtsanwalt Walter Braun darauf hinwies, daß der Angeklagte nur wegen Vergehens gegen den § 13 des Sprengstoffgesetzes verurteilt werden könne, nachdem sich derjenige strafbar mache, welcher von dem Vorhaben eines Sprengstoffverbrechens Kenntnis hat und nicht Anzeige erstattet. Das Gericht verurteilte Kalweit auch nur wegen Vergehens gegen diesen Paragraphen zu 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung 1 Woche Untersuchungshaft, auch wurde der Haftbefehl aufgehoben.

Ein neuer Schwindlertrick an Kindern scheint sich auszubreiten. Am Mittwoch vormittag wurde in der Nazarethstraße ein kleines Mädchen von seiner Mutter zum Einholen geschickt. Eine Frau lotzte das Kind in einen Hausflur. Unter dem Vorwande, dem Mädchen ein neues seidenes Kleid und neue Schuhe zu kaufen, raubte die Schwindlerin dem Kinde die eigene Kleidung und verschwand damit. Die Kleine ließ sie, nur mit Hemd und

Hose bekleidet, vergeblich warten. Da sich derartige Fälle häufen, müssen Kinder gewarnt werden, sich mit fremden Personen einzulassen.

Ein gefährliches Kinderspielzeug. Die 7jährige Tochter Elisabeth des Kaufmanns Streit spielte gestern nachmittag im Abwehlenshof der Eltern in der Wohnung Bochumer Straße 16 mit Streichhölzern. Dabei kam sie den Flammen so nahe, daß die Kleider Feuer fingen und das Kind Brandwunden an Händen und Füßen erlitt. Die von den Hausbewohnern alarmierte Feuerwehr brachte das schwerverletzte Kind nach einer Rettungskelle.

Der Kampf gegen die Glücksspielautomaten. Trotz des strengen Verbotes der Glücksspielautomaten sind doch noch zahlreiche Exemplare derselben in Betrieb. Gestern wurde der Kammelpfad auf dem Grundstück Bismarckstraße 92 einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Dabei fand man 21 Automaten.

Der Tod im Wasser suchte gestern die 18jährige Frida G. Sie sprang zwischen der Köhler- und von der Hand-Brücke in den Landwehrkanal und ging sofort unter, so daß eine Rettung nicht möglich war. Ihre Leiche konnte nach einiger Zeit gelandet werden. Das Motiv zu der Tat ist noch unbekannt.

Bei einem Streit erloschen. Mittwoch vormittag wurde die Schutzpolizei nach dem Hause Adlerstraße 144 gerufen, wo eine Messerstecherei stattgefunden haben sollte. Mehrere dorthin entsandte Beamte fanden auf der Treppe des 1. Stockwerkes den 52 Jahre alten Gelderheber und Gaalbesitzer Friedrich Schuler, infolge von Messerstichen besinnungslos in einer Blutlache am Boden liegend, auf und trugen ihn nach seiner im Quergebäude befindlichen Wohnung. Als ein herbeigerufener Arzt erschien, war der Tod bereits eingetreten. Wie sich herausstellte, war Schuler mit dem in demselben Hause wohnenden 53jährigen Wärtter Alfred Wuthe in einen Streit geraten und von diesem durch Messerstiche zu Boden gestreckt worden.

Eine gehörige Tracht Prügel erhielt gestern der 28jährige Händler Otto Heide. Als er dem Boten Franz Henning aus dem Flur des Hauses Ritterstraße 42-43 sein Fahrrad stahl, kam er zur rechten Zeit zurück, um den Dieb noch abfahren zu sehen. Auf sein Geschrei nahmen Postanten die Verfolgung des Täters auf und ergriffen ihn auch nach wider Jagd.

Nächtlicher Überfall in der Friedrichstraße. Als der 25 Jahre alte Kontorist Alfred K. in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr die Friedrichstraße passierte, wurde er vor dem Kaiser-Café von einer Dirne angerempelt. Kaum hatte er sich das verbeten, als auch schon mehrere Burtschen ganz überraschend über ihn herfielen und ihn derart mißhandelten, daß er erhebliche Kopfverletzungen und einen Bruch des Halswirbels davontrug.

Die Berliner Feuerwehr hatte am Mittwoch in der Drontheimer Straße 21 einen größeren Brand zu löschen, der in einem Holzschuppen auf dem Hofe ausgebrochen sein soll und an Spänen schnell reiche Nahrung gefunden hatte. Gleichzeitig brannte auf dem Hofe neben dem Holzschuppen ein Keller. Die Feuerwehr mußte tüchtig löschen, um des Feuers Herr zu werden. Auf dem Ostbahnhof ging nahe der Warschauer Brücke eine Lok mit Feuer in Flammen auf. Die Lichtenberger Feuerwehr hatte an der Ecke der Müggelstraße und Scharnweberstraße einen großen Dachstuhlbrand zu löschen, was mit vier Schlauchleitungen gelang. Am Mittwoch wurden zehn Bieneuschwärme eingefangen.

17. Verm.-Bez. Dichtenberg. Bezirksverlammlung. Außerordentliche Sitzung. Von einer Generaldiskussion des neuen Etats wurde abgesehen. Der Berliner Magistrat beabsichtigt, 18 Millionen aus dem Etat zu streichen. Das Bezirksamt würde gezwungen sein, eine Schließung von Kinderhorten vorzunehmen. Unsere Fraktion protestiert gegen die vom Magistrat beabsichtigte Kürzung und brachte einen diesbezüglichen Antrag ein. Dieser Antrag wurde angenommen. Daraus wurde der Etat nach unwesentlichen Änderungen gemäß den Vorschlägen des Staatsausschusses angenommen. Eine besondere Deputation für das Gesundheitswesen einzurichten und nicht dem Wohlfahrtsamt anzugliedern, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag unserer Genossen, unter keinen Umständen die im Januar 1920 zu Wohnzwecken beschlagnahmten Räume des Siemenschen Schlosses in Biesdorf freizugeben — auch nicht an die Schupo — wurde angenommen.

Bei der Abrechnung über den Wäscheverkauf der Stadt Spandau durch das Wohlfahrtsamt, der am Anfang dieses Jahres beendet wurde, hatte es sich, wie seinerzeit in der Presse mitgeteilt wurde, herausgestellt, daß ein größerer Posten Wäsche fehlte. Die daraufhin angestellten eingehenden Ermittlungen haben ergeben, daß ein bringender Latwedacht, der nach der Strafprozessordnung zur Erhebung einer Anklage notwendig ist, gegen einen im Dienst der Stadt stehenden Beamten oder Angestellten nicht vorliegt, so daß eine Anklage nicht erhoben werden konnte. Das Bezirksamt Spandau hat daher beschlossen, von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit Abstand zu nehmen.

3

billige

Strümpf Tage

Damen-Strümpfe feinfädig, lang, schwarz	4⁷⁵	8⁹⁵	
Damen-Strümpfe feines Gewebe, schwarz mit breitem Doppelrand	12⁹⁵	14⁹⁵	
Damen-Strümpfe Flor, seidenartig, schwarz		16⁹⁵	
Damen-Strümpfe Flor, besond. dünnes Gewebe, schwarz o. farbig	24⁷⁵	29⁷⁵	
Damen-Strümpfe reine Seide, schwarz oder farbig		39⁷⁵	
Herren-Socken melier	5⁹⁵	8⁹⁵	
Herren-Socken schwarz	7⁹⁵	10⁷⁵	
Schlupfbeckkleider für Damen, farbig		13⁹⁰	

Wäschestoff

ca. 100 cm breit

Mr. 6⁰⁰

Kemdentuch

kräftige Qualität

Mr. 7⁸⁰

Sportflanell

einfarbig od. gestreift

Mr. 9⁷⁵

JANDORF

